

Das in längerer Zeit nicht nur die nördliche Rheinlandschaft, sondern auch das Ruhrgebiet von der Besetzung befreit wird. Der Wunsch, der das rheinische Volk stets befeuert hat, werde es auch die Schuldenfrage glücklich beschließen lassen, die über dem Rhein die Sonne der Freiheit aufgehen.

Zwei Milliarden Mark Ueberschuß.

Die vom deutschen Volke am meisten schmerzhaft und den einzelnen Staatsbürger berührende Regierungsmaßnahme ist die Steuerpolitik, die Art und Zahl der eingeführten Steuern und die Tarife dafür. Und darin ist man sich im Volke einig, daß in dieser Politik die größten Versägen der Regierungen der jungen Republik liegen. Es muß ihnen aber zugute gehalten werden, daß sie vor diesen Aufgaben nach dem verlorenen Kriege nicht nur, sondern auch nach den Sünden der monarchistischen Regierungen gestanden. Statt rechtzeitig die Gewinne der Kriegsgewinnler zu erfassen, operierte diese Regierung mit Anleihen über Anleihen. Unaufhaltsam ging das Vertrauen zu der deutschen Finanzwirtschaft verloren. Die Inflation setzte ein. Und hier versagte wiederum die republikanische Regierung, da sie es unterließ, sich die Steuern rechtzeitig wertbeständig zu machen. Es ist noch allgemein bekannt, daß damals das Reich nur mit den Ertragsnissen der Lohnsteuer — abgesehen von den indirekten Steuern — arbeitete. Als die Zeit der Inflation vorüber war, erst dann kam der damaligen Regierung die Erkenntnis ihrer Unterlassungssünden. Nun suchte sie einzufahren, was sie verdrängt hatte. Sinnlose, wucherische, ausbeuterische Vergütungsschläge für Beamten, für Steuerzahlungsterminen kamen zur Einführung, die gerade die wirtschaftlich und finanziell Schwachen so ungeheuer hart getroffen haben. Weil sie nicht in der Lage waren, die an sich unerschwinglichen Steuern rechtzeitig zu bezahlen, wurden sie noch dafür bestraft und besonders ausgeföhrt durch Einführung hoher Vergütungsschläge. Dann kam die Zeit der Steuernotverordnungen. An sich ein Lohnwucher von Steuerarten und Zahlungsbedingungen kamen die Verordnungen Vermögens- und Einkommenskonfiskationen gleich. Und noch hatte der deutsche Steuerzahler Verständnis dafür, solange es galt, die Finanzwirtschaft des Reiches ins Gleichgewicht zu bringen. Das geschah sehr bald. Erst lange Zeit danach erfolgten in ihrem Ausmaß lächerliche Erleichterungen: die Vergütungsschläge wurden herabgesetzt, die Umsatzsteuer erniedrigt und die Vorauszahlungen auf Einkommen- und Körperschaftsteuer ermäßigt.

Heute wird der Erfolg der brutalen, sinnlosen Steuerpolitik und die Rigorosität der Steuererhebung bekannt:

2 Milliarden Mark.

genau 2088 001 228 Reichsmark beträgt die Mehreinnahme an Steuern, Zöllen und Abgaben im Rechnungsjahr 1924/25 über den Boranschlag hinaus. Das teilt die Reichsregierung den bedauernswerten Steuerzahlern im „Reichsanzeiger“ vom vorigen Sonnabend mit. Was soll der deutsche Steuerzahler nach einer Reihe schwerer Wirtschaftsjahre dazu sagen? Vergeornant ist seine Güter, wilder Stürme rauhes Wetter. Und des Reiches Wohlstand schauet hoch hinein. Mit was soll der unerhörte Raubzug in die Wirtschaft entschuldigt werden. Daß die Steuermacher Dilettantenarbeit war, zeugt schon ihre Unklarheit und Ungleichheit. Aber ein noch so unkluger mühte doch bei dem lächerlichen Anfall der Rassen und bei dem Einsturz der Gesetze, aus denen der Zustand kam, merken, daß etwas faul war an seiner Arbeit. Das Geschäftsjahr, in dem das Reichsfinanzministerium einen Ueberschuß von 2 Milliarden Mark einbrachte brachte der Volkswirtschaft 8205 Kontrakte, 3279 Geschäftsaussichten und eine Vielzahl außerordentlicher Vergleiche. Wenn auch in diesen Zahlen eine Menge Existenzen enthalten sind, deren Verschwinden nach kurzem aber schönem Leben nur Freude auslösen konnte, so liegen doch auf der Strecke eine Unmenge mittlerer und kleiner ehrbarer Geschäftsleute, die ruiniert zu haben das Verdienst des Reichssteuerzahlers ist.

Der Schaden der Steuerpolitik, der aus diesen Kontrakten und aus den nahe bis zum Konkurs ruinierten Existenzen spricht, ist aber noch gering gegenüber dem indirekten Schaden, den sie der Volkswirtschaft bereitet hat. Die Warenpreispolitik ist in Deutschland so, daß seit der Stabilisierung der Mark die deutsche Wirtschaft dem Ausland gegenüber nicht mehr konkurrenzfähig ist und im Innern des Landes unausgesetzte Verteuerungen eintraten. Daran trägt die Hauptschuld die Steuerpolitik des Reiches. Die Steuerbelastung der Wirtschaft ist ein ganz erheblicher Faktor in der Preissteigerung. Und nach den gemachten Erfahrungen konnte sich der vorsichtige Geschäftsmann gar nicht damit begnügen, in die Preissteigerung nur die tatsächlich zu zahlenden Steuern einzustellen er mußte darüber hinaus noch Reserven vorsehen, weil er nie sicher sein konnte, welche neue Lasten ihm durch neue blödsinnig in Kraft tretende Steuernotverordnungen auferlegt würden. Diese Gründe der Warenverteuerung waren den deutschen Wirtschaftlern immer bekannt. Es wird auch nicht an Protesten an die Reichsfinanzverwaltung gefehlt haben. Diese war aber taub dafür. Scheinbar wird sie taub bleiben, bis sie triumphierend vielleicht weitere Milliarden Ueberschüsse meldet und freudestrahlend verkündet, daß sie nunmehr reiflos das Geld der Wirtschaft entzogen und das Reich völlig gesund gemacht habe. Nur ist in diesem Falle das Reich der reich ausgeführte Tempel inmitten eines großen, weiten Friedhofes, dessen Gräber die Trümmer der vom Reich ausgeraubten Wirtschaft bergen.

Angesichts der traurigen, geradezu hoffnungslos politischen und finanziellen Lage unseres Vaterlandes hätte ich es für die wichtigste und erste Pflicht eines jeden, der im Partei- und öffentlichen Leben steht, vor allem aber für die Pflicht der Regierung, alles hinzuzusetzen, was irgendwie geeignet ist, die selber schon allzu großen Gefahren in unserem Volke zu vertreiben. Mein Kampf geht weder nach rechts noch nach links, sondern gegen alle diejenigen, die dem deutschen Volke mit Gewalt und List das Rechte und Beste rauben wollen, was ihm noch geblieben ist: Die Einheit der Nation.
März am 4. Dezember 1928 vor dem Reichstag.

Kein Selbstmord Dr. Höfles.

Die Leiche Dr. Höfles ist gestern nachmittags obduziert worden. Der Leichenöffnung hat auf ausdrücklichen Wunsch der Gattin des Verstorbenen auch der Hausarzt der Familie beigewohnt. Der Wunsch Frau Dr. Höfles war nach dem Gutachten der drei Gerichtsärzte, die am Sonnabend noch Dr. Höfles für haftfähig erklärt haben, durchaus begründet. Durch die Leichenöffnung ist festgestellt worden, daß Dr. Höfles keinen Selbstmord begangen hat. Eine bestimmte Todesursache konnten die Ärzte nicht angeben, aber nach ihrer Auffassung haben drei Ursachen zusammengewirkt, um den Tod herbeizuführen: erstens eine ganz abnorme Gewichtsabnahme von über 50 Pfund, zweitens eine starke Hypertonie und drittens, daß Dr. Höfles vielleicht infolge der körperlichen und geistigen Erschöpfung Schlafmittel, die ihm verordnet waren, in zu großen Dosen genommen hat. Die dritte Angabe ist eine Hypothese, die die Angehörigen nicht gelten lassen, denn die Dosis der Schlafmittel, die Dr. Höfles verabfolgt worden sind, wurde von seinen drei Gerichtsärzten bemessen, und die Leichenöffnung hat bestätigt, daß Dr. Höfles sich gegen die Verabreichung der Schlafmittel gewandt.

Es bleibt also übrig die außerordentliche Gewichtsabnahme und die Hypertonie, die das Herzleiden Dr. Höfles so erheblich verschlimmert haben, daß er als Opfer der übermäßig langen Haft gestorben ist. Bei dieser Sachlage muß man dem Urteile der „Germania“ zustimmen, die den Fall Höfles als einen „Skandal erster Ordnung“ bezeichnet. Und die Frage nach dem Grund, weshalb Dr. Höfles nicht aus der Haft entlassen wurde, trotzdem das Untersuchungsverfahren gegen ihn kaum Belastendes ergeben hat, und trotzdem er bereits vom Tode gezeichnet war, muß nun erst recht aufgeworfen werden. Das Zentrum fragt, ob es richtig sei, daß Dr. Höfles nur deshalb nicht freigelassen wurde, weil man dann auch Warmat hätte entlassen müssen und der Warmat-Skandal schließlich in nichts zusammengebrochen wäre.

Auf diese Frage wird man dringend Antwort heißen müssen. Der Fall Dr. Höfles ist mit dem Tode des früheren Reichspostministers nicht erledigt, die Affäre beginnt erst. Der preussische Justizminister hat gestern den Oberstaatsanwalt Linde zu sich berufen, um sich von ihm darüber Bericht erstatten zu lassen, warum von dem Haftentlassungsanträgen der Reichsbeamten nicht wenigstens zu einem Zeitpunkt Folge gegeben wurde, als selbst Laien erkennen mußten, daß Dr. Höfles dem Tode geweiht sei, und sein Leben vielleicht nur noch durch eine rechtzeitige Uebersiedlung in ein Krankenhaus verlängert werden konnte. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, zu erfahren, wie die Gerichtsärzte und wie die zuständige Justizbehörde ihr Verfahren rechtfertigen wollen.

Aller Voraussicht nach wird die Affäre Höfles im preussischen Landtage nach dessen Wiederzusammentritt zur Sprache kommen. Das Zentrum und die Sozialdemokraten bereiten Interpellationen an die preussische Regierung vor. Da wird sich ja die Gelegenheit ergeben, in diese dunkle Affäre mit aller Gründlichkeit hineinzuleuchten.

Der Aufstand in Bulgarien niedergeschlagen.

Jankoff erschossen. — Erhöhung der Heeresmacht. Regierungstruppen und Bolschewiki haben die kommunistische Bewegung in den Kreisen Schumen und Warna vollständig niedergeschlagen. Ein großer Teil der Revolutionäre hat sich bedingungslos ergeben. Bei dem Dorf Rissura versuchte eine bewaffnete Bande von Emigranten aus Jugoslawien die bulgarische Grenze zu überschreiten, sie wurde jedoch mit Maschinengewehren und Artillerie zersprengt. Die Regierung Jankoff ist jetzt Herr der Lage in ganz Bulgarien. Bis jetzt sind über 300 Gefangene in Gefängnisse eingeliefert worden; Verhaftungen werden weiterhin in großer Zahl vorgenommen, unter ihnen befindet sich auch der Vorsitzende der kommunistischen Exekutive, Major Kosta Jankoff. Hauptmann Krotneff, der die Maschinenmaschine gebaut hat, verübte mit seiner Frau Selbstmord, um den Versuch zu verhindern. Die beiden Führer des linken Flügels der Bauernpartei, Petrini und Grantichow, wurden, als sie sich der Verhaftung durch die Flucht entziehen wollten, erschossen. Jankoff, der als das Haupt der kommunistischen Verschwörung in Bulgarien angesehen wird, wurde gestern im Feuergefecht mit Kolligisten, die ihn verhaften wollten, erschossen. Ueber die Erschießung werden folgende Einzelheiten gemeldet: Jankoff war in einem niedrigen Gebäude in einem entlegenen Viertel Sofias umzingelt worden. Die Polizei, die ihn unbedingt lebendig gefangen nehmen wollte, forderte ihn wiederholt auf, sich zu ergeben. Jankoff besaß sich in einem Keller gut verbaragert hatte, legte dies ab. Von 3 Uhr nachmittags bis Mitternacht wurden die Versuche, Jankoff zur Kapitulation zu bewegen, fortgesetzt. Schließlich

beauftragte die Polizei einen der Mitarbeiter Jankoffs, einen ehemaligen Offizier namens Kolligist, der seit einigen Tagen verhaftet ist, damit, Jankoff zum Uebergabe zu überreden. Kolligist aber machte mit Jankoff gemeinsame Sache. Jankoff die Polizei, um den Widerstand des beiden Verschwörern zu brechen, schärfen vorgehen mußte. Von beiden Seiten wurde lebhaft geschossen. Die Polizei warf Handgranaten auf das Gebäude, das schließlich Feuer fing. Aus den Trümmern des Hauses wurden später die Leichen Jankoffs und Kolligists herausgezogen.

Jankoff ist ein Sohn des verstorbenen Obersten Jankoff, der in der mazedonischen Bewegung eine hervorragende Rolle gespielt hat. Er selbst war Chef der militärischen Abteilung der Kommunisten und einer der einflussreichsten Mitglieder des Geheimkomitees.

Das interalliierte Militärkomitee in Versailles hat der bulgarischen Regierung überreichten Anträge überreicht, das bulgarische Heer um 10 000 Mann erhöhen zu dürfen. Das Gutachten der militärischen Sachverständigen sei, so wurde erklärt, gegenstandslos, selbst wenn die bulgarischen Truppenbestände, wie beantragt, verstärkt würden, würden sie die im Vertrage von Tullin Bulgarien zugestandene Truppenzahl von 80 000 Mann nur um ein Geringes überschreiten. Denn bisher sei die Stärke des bulgarischen Heeres unter den vorgezeichneten Schranken gehalten worden. Die Genehmigung, die die Vorkonferenz heute wahrscheinlich erteilen werde, werde indes nur vorübergehend erteilt, und zwar bis zu dem Tage, an dem die Ordnung wiederhergestellt sei.

Bulgarische Truppen meutern!

Jarbrod (bulgarisch-serbische Grenze), 21. April. Heute nacht um 2 Uhr hörte man hier auf bulgarischer Seite Artilleriefeuer, das aus der Richtung von Tirmovo kam. Die Garnison in Braza hat gemeutert und ist zu den Agrarkommunisten übergegangen. In Plowdiv (Philippopol) und Warna ging ebenfalls ein Teil der Truppen zu den Bauernhändlern über, worauf es zu Kämpfen mit den regierungstreuen Teilen der Garnison kam.

Verhaftungen in Berlin.

Am vergangenen Sonnabend wurden in einem Lokal in Charlottenburg 35 bulgarische Studenten und Studentinnen von der Abteilung 1A des Polizeipräsidenten festgenommen, da der Verdacht besteht, daß die Studenten in Verbindung mit den Sofioter Attentätern gestanden haben. In dem Lokal befanden sich auch mehrere Chinesen, die zusammen mit den Bulgaren zunächst festgenommen, bald aber wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Es handelt sich, wie verlautet, um einen revolutionär-kommunistischen Klub bulgarischer Studenten.

Die Ermittlungen der Polizei gehen noch weiter, da mit Sicherheit anzunehmen ist, daß sich noch Angehörige der Vereinigung auf freiem Fuß befinden. Wie weiter mitgeteilt wird, wird es sich im Laufe des morgigen Tages entscheiden, ob die bulgarischen Studenten in Haft behalten werden, oder ob es sich nur als ratsam erweisen wird, sie aus Deutschland auszuweisen. Die Studenten sind aus Protest gegen ihre Festnahme zunächst in den Hungerstreik getreten und verweigerten die Annahme einer Mahlzeit haben aber jetzt von ihrem Vorhaben abgesehen und ihre Mahlzeiten regelmäßig wieder eingenommen.

Dortmunder Besatz. Vor dem Schöffengericht in Dortmund begann gestern der Prozeß wegen der vor Jahresfrist aufgedeckten Schiedungen bei der Reichsbankstelle Dortmund. Angeklagt sind 19 Beamte der Reichsbank und verschiedene Geschäftsinhaber. Die Verhandlungen dürften sich auf fünf Tage erstrecken. Die Angeklagten werden beschuldigt, durch fortgesetzte Fälschungen in der Absicht, sich unrechtmäßiger Weise Vermögensvorteile zu schaffen, die Reichsbank nach und nach um 2974 688 Mark geschädigt zu haben. Im November 1928, als die Stabilität einsetzte, gewährten die Reichsbankangestellten größere Kredite, die im allgemeinen durch fälschliche Buchungen auf den Konten der Reichsbankkunden verschleiert wurden. Die Firma Sternberg trat im Oktober 1928 an den Reichsbankbeamten Wedder heran, damit über ihr Guthaben hinaus gekessene Schecks honoriert würden. Wedder ging darauf ein und ließ das Konto Sternberg um 78 000 Mark überziehen. Da das Geld nicht in der vereinbarten Zeit zurückgezahlt wurde, mußte eine Lastbuchung vorgenommen werden. Als Sternberg am 20. Januar 1929 den Betrag zurückzahlte, glaubte der Angeklagte, daß die Lastbuchung nicht entdeckt werden würde und gedrahtete das Geld für sich. Diese Fälle wiederholten sich. Im ganzen wurden 88 Fälle festgestellt. Die unterschlagenen Beträge nahmen schließlich in einzelnen Fällen eine Höhe von 200 000 bis 400 000 Mark an. Die Angeklagten sind im Allgemeinen geständig, sie wollten aber damals die Reichsbank nicht geschädigt haben.

Das amerikanische Einwanderungsgesetz. Das von der amerikanischen Regierung erlassene vorläufige Gesetz über die Einwanderungsbeschränkung hat, wie aus Washington gemeldet wird, alle Aussichten für eine endgültige Annahme. Präsident Coolidge erklärte in einer Rede, das Gesetz sei unbedingt notwendig, da sonst ein Strom von Auswanderern nach Amerika fluten würde, mehr als Amerika wirtschaftlich vertragen könnte. Ohne dieses Gesetz würden sich die Bedingungen für die Einwanderer immer ungünstiger gestalten, so daß das Gesetz nicht eine Benachteiligung, sondern vielmehr einen Schutz für die Auswanderer darstelle.

Die Hungersnot in Rußland. „Daily News“ melden aus Krasnodar, daß die Hungersnot in verschiedenen russischen Provinzen erschreckend zunehme. In der Provinz Charkow wurden 700 000 Kinder von den Behörden ernährt. In der Provinz Jaroslavl seien 24 200 Kinder und 9085 Erwachsene am Hunger gestorben.